

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/30

12. Februar 1973

Die Verantwortung der Politiker

Kohls Vorwürfe gegen die Regierung treffen die CDU

Seite 1 / 41 Zeilen

Experiment: Norddeutscher Parlamentsrat

Zum Thema "Neugliederung der Bundesländer"

Von Helmut Kasimier
Vorsitzender des Norddeutschen Parlamentsrates und SPD-Fraktionsvorsitzender des Niedersächsischen Landtages

Seite 2 und 3 / 85 Zeilen

Noch immer Kinderarbeit in der BRD

SPD-Politiker fordern harte Gegenmaßnahmen

Seite 4 / 45 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Im Blickfeld: Die C-Parteien"

Seite 5 und 6 / 65 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telek: 686 846 / 686 847
686 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Verantwortung der Politiker

Kohls Vorwürfe gegen die Regierung treffen die CDU

Die schwere Währungskrise, die in diesen Tagen die ganze Welt schüttelt und bedrängt, bringt zwangsläufig mit der Frage nach den Ursachen auch politische Erwägungen und emotionale Bedenken mit sich. Die Männer, die in solchen Fragen schon von berufswegen kühl und überlegen wirken und tun, werden sich kaum wundern, wenn diese Kühle und Überlegenheit an der "Basis", also im Millionenbereich der Arbeitnehmer aller Gattungen, kaum eine Parallele haben. Mangels eigener Wissens-Erkenntnisse und bar an begleitenden Informationen finden sie sich nur schlecht zwischen den Presse-, Funk- und Fernschmeldungen zurecht, deren Autoren selber oft genug mit der Stange im Nebel rühren.

Angesichts dieser Sachlage sollte man erwarten dürfen, daß die Politiker ihre Aussagen unter strengster Kontrolle nehmen. Die Warnung beispielsweise des stellv. CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, vor einem Antiamerikanismus, dem die Bundesregierung angeblich nicht steuere, muß gerade in dieser überaus heiklen Situation, die auch die politischen Nerven beiderseits des Atlantik aufs Höchste strapaziert, nicht nur deplaziert wirken; man muß auch befürchten, daß diese Aussage Kohls latent wirkende Antipathie-Emotionen anheißt und darüber hinaus politischen Schaden anrichtet.

Dr. Kohl hat zudem völlig übersehen, daß der bisher schärfste Protest gegen US-amerikanisches Verhalten ausgerechnet aus dem Lager der Opposition selbst und von einem Mann gekommen ist, den der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Dr. Rainer Barzel als Bundeswirtschaftsminister ausersehen hatte. Es war jedenfalls der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, der CDU-Abg. Dr. Karl Heinz Narjes, der als erster deutscher Politiker den Anklagefinger nach Washington gerichtet und schwere Vorwürfe gegen das amerikanische Parlament erhoben hat, als er gefragt wurde, ob von einer "Erpressung der Bundesrepublik durch die USA" gesprochen werden könnte.

Dr. Kohls Vorwürfe gegen den Bundeskanzler und gegen die Bundesregierung, sie hätten einer anti-amerikanischen Meinungs-mache "bestimmter Gruppen" das Feld überlassen, wirken angesichts der öffentlichen Kritik durch den Wirtschaftssprecher der CDU wie ein ko-Bumerang. (ee/12.2.1973/ks/ee)

+ + +

Experiment: Norddeutscher Parlamentsrat

Zum Thema "Neugliederung der Bundesländer"

Von Helmut Kasimier

Vorsitzender des Norddeutschen Parlamentsrates und
SPD-Fraktionsvorsitzender des Niedersächsischen Landtages

Im Jahresbericht 1972 der Handelskammer Hamburg ist unter der Überschrift "Kooperation und Konflikte in der Regionalpolitik" die kooperative Zusammenarbeit im norddeutschen Raum kritisch beleuchtet worden. Dabei wurde sowohl auf den ständig wachsenden Einfluß des Bundes bei allen regionalpolitischen Entscheidungen der Länder und Kommunen als auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die vier norddeutschen Küstenländer gerade unter diesen Umständen gegenüber dem Bund mit koordinierten Zielvorstellungen auftreten müßten.

Richtigerweise fehlt in diesem Zusammenhang auch nicht die Erwähnung zweier politischer Koordinierungsinstrumente, die zu eben diesem Zweck geschaffen wurden: Die "Konferenz Norddeutschland" der vier Regierungschefs und ihrer Fachminister sowie der "Norddeutsche Parlamentsrat".

Die Kritik der Handelskammer Hamburg kommt zu dem Ergebnis, daß der institutionelle Rahmen nicht ausreicht, und daß auch der Norddeutsche Parlamentsrat zur Intensivierung der gemeinsamen regionalpolitischen Arbeit in Norddeutschland noch mehr beitragen könnte.

Als Vorsitzender des Norddeutschen Parlamentsrats seit Mitte 1971 fühle ich mich durch diese - zugegeben durchaus positive - Kritik angesprochen, zumal ich den Eindruck gewonnen habe, daß die Behandlung dieses parlamentarischen Arbeitsgremiums in Presse, Funk und Fernsehen häufig von falschen Voraussetzungen ausgeht und in der Öffentlichkeit von Anfang an oft zu hoch gespannten Erwartungen an seine Tätigkeit geknüpft worden sind.

Der Norddeutsche Parlamentsrat - immerhin in der Bundesrepublik der erste und bisher einzige Versuch, auf parlamentarischer Ebene zu einer die Ländergrenzen überspringenden Zusammenarbeit zu kommen! - ist geschaffen als parlamentarisches Koordinierungsinstrument der vier beteiligten Parlamente (die Bremische und die Hamburgische Bürgerschaft sowie der Niedersächsische und der Schleswig-Holsteinische Landtag) mit dem Ziel, die parlamentarische Willensbildung in Fragen, die alle oder mehrere der beteiligten Länder betreffen, in Übereinstimmung zu bringen. Daß dabei die parlamentarische Verantwortung einer jeden Landesregierung gegenüber ihrem eigenen Parlament nach dem geltenden Verfassungsrecht gar nicht tangiert werden konnte, ist vieler, auch wohlwollenden Beobachtern nicht ganz klar geworden. Deshalb erscheint vielen das Verfahren des Norddeutschen Parlamentsrates kompliziert, mit Hilfe

von Empfehlungen die angesprochenen Landesparlamente zu veranlassen, inhaltsgleiche Entschlüsse zu fassen, durch die Regierungen zu übereinstimmendem Handeln politisch verpflichtet werden. Sicher ist das ein etwas umständliches Verfahren, es ergibt sich aber allein schon daraus, daß der Norddeutsche Parlamentsrat - für den es ja keinerlei verfassungsrechtliche Grundlage gibt - nur neben den geltenden Verfassungen, jedoch in Übereinstimmung mit ihnen handeln kann. Das ganze ist ein Versuch koordinierter parlamentarischer Willensbildung; Ein Versuch, der gemacht werden mußte und der sich so lange in diesen vorgegebenen Formen bewegen muß, wie andere, bessere Regelungen noch nicht vorhanden sind.

Der Norddeutsche Parlamentsrat hat auch von Anfang an klargestellt, daß er weder als Alibi für eine von einzelnen nicht gewollte Länderneugliederung zu gelten hat noch etwa der Vorläufer eines Nordstaat-Parlaments sein will und kann. Alle Beteiligten wären froh, wenn diese Argumentation, die an den faktischen Gegebenheiten weit vorbeigeht, endlich aufhören würde; sie wären gleichwohl dankbar für jede hilfreiche Stimme, die geeignet ist, die Arbeit des Rats zu fördern.

Ich habe gar keinen Anlaß zu verschweigen, daß die Arbeit des Rats doch sehr mühsam angelaufen ist. Dies kann aber den nicht verwundern, der sich die verfassungsrechtlichen Probleme deutlich macht, die schon aus der bloßen Existenz dieses Gremiums erwachsen und die um so schwieriger werden, je mehr der Rat und seine Ausschüsse sich mit konkreten Sachfragen befassen. Immerhin hat der Norddeutsche Parlamentsrat im Juli 1972 einstimmig drei Empfehlungen verabschiedet, die von den meisten der beteiligten Parlamente auch einstimmig angenommen worden sind. Nun also sind die Landesregierungen durch übereinstimmende Parlamentsentschlüsse zu einheitlichem Handeln politisch verpflichtet.

Es handelt sich dabei um folgende Sachbereiche: 1/ Einfluß der EWG und internationaler Interventionen auf die Fischereiwirtschaft in den norddeutschen Küstenländern; 2/ Umweltschutz im Küstenbereich um Cuxhaven in Verbindung mit dem Hamburger Neuwerk-Projekt; und 3/ Verbesserung der strukturpolitischen Zusammenarbeit in den norddeutschen Küstenländern. Das sind immerhin Sachbereiche, die für alle oder für einen Teil der beteiligten Ländern von vitalem Interesse sind.

Eine der wesentlichsten Aufgaben liegt noch vor uns: Die Neugliederung der Bundesländer. Sie ist schwierig genug. Aber wir werden uns ihr nicht entziehen. So hat der Rat im vergangenen Jahr beschlossen, sich mit dieser Frage zu befassen, sobald die entsprechenden Gutachten (das der Ernst-Kommission und das der Länder-Kommission) vorliegen. Auch und gerade hierfür ist der Norddeutsche Parlamentsrat auf die Unterstützung durch die öffentliche Meinung angewiesen.

(-/12.2.1973/ks/ex)

Noch immer Kinderarbeit in der BRD

SPD-Politiker fordern harte Gegenmaßnahmen

Kinderarbeit ist verboten. Das ist ganz klar durch Gesetz geregelt. Dennoch wird immer wieder gegen dieses Gesetz verstoßen. Der Jahresbericht 1971 der Gewerbeaufsicht in Nordrhein-Westfalen hat allein 355 Verstöße gegen Arbeitsverbote und Arbeitsbeschränkungen für Kinder, wie sie im Jugendarbeitsschutzgesetz festgelegt worden sind, festgestellt. Da die Dunkelziffer groß ist und die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten zu gering, kann die wirkliche Zahl von Verstößen gegen das Kinderarbeitsverbot nicht einmal vermutet werden.

Daß gegen Gesetze gelegentlich verstoßen wird, ist leider an der Tagesordnung. Was einige SPD-Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen beunruhigt, ist jedoch die Tatsache, daß es offenbar möglich ist, gegen die Verbote der Kinderarbeit quasi-legal zu verstoßen. So stellten Gewerbeaufsichtsbeamte fest, daß einige Kinder, die verbotswädrig in Betrieben beschäftigt waren, ihren Arbeitgebern ordnungsgemäß ausgestellte Lohnsteuerkarten vorgelegt hätten. Wenn es zu Strafanzeigen gekommen sei, hätten diese Arbeitgeber erklärt, sie hätten auf Grund dieser Lohnsteuerkarten guten Glaubens angenommen, sie seien berechtigt, die Kinder zu beschäftigen. Solche Einlassungen seien ihnen von den Gerichten auch abgenommen worden.

Das Kuriosum: Es ließ sich bisher nicht zweifelsfrei klären, wer dafür verantwortlich ist, daß Lohnsteuerkarten für Kinder ausgestellt werden. Die SPD-MdL Anke Brunn, Helmut Hellwig, Günter Meyer zur Heide und Werner Pohle haben deshalb in einer kleinen Anfrage die Düsseldorf Landesregierung aufgefordert, diesen Sachverhalt zu klären und schnellstens abzustellen.

Der Abg. Günter Meyer zur Heide ist darüber hinaus der Ansicht, daß das Elternrecht - nicht nur! - in diesem Punkt neu überdacht werden sollte. Laut Gesetz ist Kinderarbeit nämlich auch in Familienbetrieben verboten. Wenn Eltern oder Erziehungsberechtigte dagegen verstoßen, kommt es aber nicht zu Strafanzeigen, sondern nur zu einer Meldung an das zuständige Jugendamt. Das aber hat in der Regel keinerlei Möglichkeit einzugreifen, wenn die Kinder sonst gut gehalten werden. Es ist ja schon schwer genug, Eltern das Sorgerecht zu entziehen, die ihre Kinder mißhandeln.

Schließlich fordert der SPD-Politiker - neben einer personellen Verstärkung der Gewerbeaufsicht - eine stärkere Einbeziehung der Belange des Jugendarbeitsschutzes in die Richter- und -weiterbildung. Anlaß für diese Forderung bietet etwa die Tatsache, daß ein mehrfach vorbestrafter Subunternehmer, der Kinder nachts mit Akkordarbeit beschäftigt hatte, beim Amtsgericht mit einer Geldstrafe von ganzen 300 (in Worten dreihundert!) DM davongekommen ist.

Marianne Lohaus
(-/ 12.2.1973/bgy/ex)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Im Blickfeld: Die C-Parteien"

Die "Münchener Katholische Kirchenzeitung" veröffentlichte am 11. Februar 1973 unter dieser Schlagzeile einen Artikel, den wir des allgemein vorauszusetzenden Interesses halber im Wortlaut wiedergeben. Autor des Artikels ist der Leiter des bayerischen Büros der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), Dr. Norbert Stahl.

"In bemerkenswerter Offenheit hat der Direktor der Katholischen Akademie in Bayern, Dr. Franz Henrich, kurz nach der letzten Bundestagswahl vor Journalisten erklärt, das Verhältnis der Kirche zu den C-Parteien sei als 'gestört' anzusehen. Er meinte, die Kontaktnahme zur CDU/CSU sei vernachlässigt worden und man habe sich eindeutig Vorwürfe zu machen.

Henrich, der aufgrund seiner Stellung als Akademieleiter Kontakt auch zu Politikern pflegen muß und dessen Urteil daher als sachkundig gelten kann, steht mit seiner Meinung keineswegs allein. Auch Vertreter der Unionsparteien selbst stellen mit wachsendem Unbehagen fest, daß ihnen das Gespräch mit der Katholischen Kirche mehr und mehr entgleitet.

1971 kritisierte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl die mangelhafte Beteiligung der Union an der innerkirchlichen Diskussion, zu der bekanntlich nicht nur Auseinandersetzungen über die nachkonziliare Struktur der Kirche gehören, sondern etwa auch die Frage der sogenannten 'Offenheit gegenüber allen politischen Gruppen'. Zwar gab es einen Nachholbedarf im deutschen Katholizismus zum Gespräch mit jenen Parteien, die nicht das C in ihrem Namen tragen, doch ist gleichzeitig festzustellen, daß die genannte Offenheit in letzter Zeit wohl etwas zu wenig gerade den C-Parteien zugute gekommen ist. Die Klage Kohls hat daher einige Berechtigung, daß die Kirchen nicht mehr wie früher 'fest zur CDU' stehen. Gewiß gilt auch noch heute als mögliche Begründung dafür das etwas ironisch aufgeladene Wort des stellv. Leiters des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Bonn, Dr. Johannes Niemeyer, das dieser im Jahre 1967 sprach: Auch bei

den Unionsparteien sei nicht alles katholisch, was 'schwarz' sei. Um so mehr wäre dann aber auf die Notwendigkeit zu verweisen, im Sinne der Offenheit gegenüber allen politischen Gruppen die Kontaktfreudigkeit auch gegenüber den C-Parteien zu steigern, wobei die 'Einfärbung' einzelner zunächst eine untergeordnete Rolle spielt.

Die Kirche hat nach dem Konzil offenbar einen entscheidenden Fehler begangen. Sie versäumte es, den C-Parteien ihre 'konziliarre Öffnung' wirklich verständlich zu machen und sie in die Geheimnisse dieses Prozesses einzuweihen. So konnte sich, wie es Dr. Henrich gegenüber den Journalisten formulierte, bei Politikern der Union eine Art 'Dolchstoß-Legende' herausbilden. Diese Legende zu zerstören, wird eine der ersten Aufgaben sein, wenn die Kirche versucht, ihre Kontakte zu Vertretern der C-Parteien zu aktivieren, was besonders auch für die lokale Ebene gilt. Wenn es zu einem ideologischen Kampf, beispielsweise mit 'Jungdemokraten' und 'Jungsozialisten' kommen sollte, die ja bereits zum Kulturkampf blasen, wird die Kirche doch wohl auf jene Politiker zählen wollen, die in der christlichen Religion, um ein Wort des ehemaligen Generalsekretärs der CDU, Bruno Heck, zu zitieren, 'vielleicht das letzte Bollwerk gegen die Unfreiheit der verwalteten Welt' erblicken. Es ist überflüssig, zu betonen, daß sie dabei auch auf den Flankenschutz an christlichen Wertmaßstäben orientierter Politiker angewiesen ist, die nicht den C-Parteien angehören.

Das dringend notwendige Gespräch mit christlichen Politikern kann nicht mehr oder weniger dem Zufall überlassen bleiben. Es bedarf einer festen Regel und Form. Nur so kann auch die dringend erforderliche Grundsatzdiskussion darüber geführt werden, in welchen Fragen Kirche und Parteien eigentlich noch übereinstimmen und was die Aufgabe des Christen in der Gesellschaft ist."

(-/ 12.2.1973/bgy/ex)